



Dr. Valerie Wilms
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Valerie Wilms MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Initiative „NO-B23 NEU“
Am Mühlberg 2

82496 Oberau

Berlin, 18. März 2016

Ihr Schreiben zur Ortsumfahrung B 23 Oberau

Sehr geehrte Frau Brenner, sehr geehrter Herr Theelen,

im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der grünen Bundestagsfraktion möchte ich mich für Ihren Brief bedanken. Als fachlich zuständige Abgeordnete für die Bundesverkehrswegeplanung antworte ich Ihnen gerne. Vielen Dank auch für die Übersendung Ihrer sehr anschaulich aufgearbeiteten Infobroschüre – diese wurde uns auch von Mitstreitenden von Ihnen zugesandt.

Ich kann Ihre Sorge um die Natur und die Lebensqualität in Oberau gut nachvollziehen und begrüße daher, dass Sie sich bereits mit alternativen Lösungswegen zum Straßenneubau auseinandergesetzt haben.

Der Bundesverkehrswegeplan ist in erster Linie ein mehr oder weniger brauchbares Steuerungsinstrument der Bundesregierung, in dem sie festlegt, für welche Verkehrsprojekte aus ihrer Sicht ein sogenannter Bedarf besteht.

Wie Sie vielleicht schon gehört haben, wurde der BVWP-Entwurf nach reichlich Verzögerung am 16. März im Bundestag vorgestellt. Die Ortsumfahrung Oberau im Zuge der B 23 ist darin im Vordringlichen Bedarf eingestuft.

Es liegt dann an dem Verkehrsminister, zu beweisen, dass die Vorhaben im neuen BVWP gesamtwirtschaftlich sinnvoll und notwendig sind – also wirklich gebraucht werden. Neu ist die Pflicht, die von Ihnen angesprochene Strategische Umweltprüfung (SUP) zum BVWP durchzuführen. Diese ist noch nicht abgeschlossen, denn zuerst muss der Verkehrsminister die Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des neuen Plans anhören.

Bereits jetzt hat der Verkehrsminister jedoch mehr als deutlich gemacht, dass er wenig Interesse daran hat, die Bürgerinnen und Bürger ernsthaft zu beteiligen. Über Ablauf und Beteili-

gungsmöglichkeiten hat er die Bevölkerung bisher nur unzureichend informiert. Der Termin für das Beteiligungsverfahren ab 21. März wurde leider erst sehr kurzfristig bekanntgegeben. Der Zeitraum liegt fast überall zu Beginn der Osterferien. Innerhalb der vorgesehenen sechs Wochen können Bürger ihre Stellungnahme abgeben.

Da es sich um eine Beteiligung zum Gesamtplan handelt, sollten sich Stellungnahmen nach Möglichkeit auf den sogenannten Bedarfsnachweis für ein Vorhaben beziehen, also auf die Frage, ob das Vorhaben benötigt wird oder nicht. Hierzu zählt zum Beispiel der prognostizierte Verkehr, die angenommene Entlastungswirkung oder die vorgenommene Kostenschätzung. Auch die Frage, ob und inwieweit sinnvolle Alternativen geprüft wurden oder nicht, kann von Bedeutung sein. Einzelne Projektdetails sind hingegen Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.

Auch wenn der Verkehrsminister die Anhörung der Öffentlichkeit wohl am liebsten unter den Tisch fallen lassen möchte, gilt es, die Beteiligungsphase zu nutzen. Wie das funktionieren kann, möchten wir auf unserer Regionalkonferenz Süd „Neue Wege – gemeinsam besser planen“ am 08.4.2016 in Ulm aufzeigen. Zusammen wollen wir dort den Entwurf diskutieren und erarbeiten, welche Möglichkeiten noch bestehen, um den BVWP zu einer sinnvollen Planungsgrundlage umzubauen. Weitere Infos zu unserer Veranstaltung finden Sie unter www.gruene-bundestag.de/bvwp.

Zusammen mit meinen grünen Kolleginnen und Kollegen setzten wir uns für eine ehrliche und bürgernahe Infrastrukturpolitik ein. Mit der Wunsch-Dir-Was-Liste namens Bundesverkehrswegeplan muss Schluss sein. Es ist Zeit für Ehrlichkeit und einen Plan, der nicht in einzelnen Projekten denkt, sondern genau das umsetzt, was wirklich wichtig ist für das Netz. Dem BVWP setzen wir daher unseren Bundesnetzplan entgegen: Für ein leistungsfähiges Gesamtnetz, das Mensch und Umwelt entlastet.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Valerie Wilms MdB